

# Stammtischkämpfer\_in werden

„Es geht uns alle an!“ lautete das Motto einer AG auf Kampnagel\* – ein Nachtrag zur Tagung (s. hlz 11/19 S. 36ff)

Von der Linken bis zu den Konservativen ist man sich einig: Fanatiker des Fremdenhasses, die Menschen ohne deutschen Pass – auch solche mit Migrationshintergrund – drangsaliieren, Asylunterkünfte anzünden, vor Mord nicht zurückschrecken sind eine Schande für die hiesige Demokratie und ihre Werte. Noch vor einigen Jahren waren Politik und Öffentlichkeit sich einig, dass die „überwiegende Mehrheit“ mit dieser Gesinnung nichts zu tun hat. Doch darauf kann man sich anscheinend nicht mehr verlassen, wie auch neuere Umfragen zeigen. Mit „Lichterketten“ sollen nun die „Anständigen“ dem Fremdenhass das Wasser abgraben, die CDU in HH fordert sogar – wie Gerhard Schröder vor 20 Jahren – einen „Aufstand der Anständigen“ (vgl. Trepoll, hlz 11/19, 7).

## „Was tun?!“

Bevor man etwas tut, muss man klären, was Rassismus ist und woher er kommt, sonst ist es schwierig, den „Anfängen zu wehren“. Sich einfach drauf zu verlassen, dass der Normalzustand der bürgerlichen Gedankenwelt unverfänglich ist und in diesem Sinne mobilisiert werden kann, wäre eine große Illusion. Bei der genannten AG ging es jedoch um das aktionistische Programm der Gruppe, die im Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ organisiert ist und deren Motto „aktiv werde[n]“ (aktiv.org) lautet, nämlich „gegen die AfD“. „Tipps und Tricks“ sollten dafür bereitgestellt werden, um Menschen, die „sich ohnmächtig“ fühlen, zu animieren, „was

zu tun“, und sie zu Mitstreiter\_innen auszubilden.

Dass „die stille Mehrheit schweigend“ zustimmt, damit wollen sich die Kämpfer\_innen nicht abfinden, diese „Menschen gilt es zu erreichen.“ Ausdrückliches Ziel: Mobilisierung für die Praxis. Dazu werden die Teilnehmenden anderthalb Stunden lang in die Thematik eingeführt oder in einem sechsstündigen „Tagesseminar“ vorbereitet, um „Argumentationsstrategien gegen rechte Denkmuster“ (bw.rassalux.

---

*Die Demokratie  
erweckt den Schein,  
die permanente  
Unzufriedenheit mit dem  
Gang zur Wahl befrieden  
zu können, in der immer  
wieder enttäuschten  
Hoffnung, bei einer der  
Wahlalternativen besser  
aufgehoben zu sein*

---

de) kennen zu lernen. Als Praxis folgen dann „Infostände z.B. auf Stadtteiltreffen“. Ein Angebot am Stand: Dosenwerfen - wer mitmacht, wird mit einer Süßigkeit belohnt, im Anschluss daran soll der junge oder ältere Mensch erfahren, „was Rassismus ist“. Es gehe darum, mutig „das Problem an der Wurzel zu packen“, bei aller Schwierigkeit, so die AG „MBT“, ganz im Sinne des Titelmottos der hlz 11/19: „Nur nicht einschüchtern lassen.“

„Endlos diskutieren“ will man allerdings nicht, dafür „vorwärts kommen und was tun“.

Dabei fällt gleich der Mangel an inhaltlicher Kritik auf. „Was Rassismus ist?“ bleibt in der Beantwortung vordergründig: Rassismuskritik ist von vornherein unterstellt. Doch sie bleiben bei der moralischen Absage stehen und von der Ambition „Argumentieren gegen rechte Parolen“ ist wenig zu erfahren. In der Broschüre gibt es fast nur Hinweise auf Gesprächsformen und -methoden, wie mit Rechten umgegangen werden soll. Ein ähnlich formelles Vorgehen ist übrigens schon länger bekannt: Neonazis werden an ihrem Outfit, ihren Codes und ihrer Musik enttarnt!

Somit fehlt im Grunde die viel beschworene „geistige Auseinandersetzung“ mit den weltweit aufstrebenden Neonazis und dem Rechtspopulismus. Ja, es soll explizit nicht angebracht sein, „mit Rechten [zu] reden, ihre Worte gelten zu lassen, sich ein Stück weit auf ihre Behauptungen einzulassen.“ Das soll zwar „gut gemeint“ sein, allerdings „verkennt dieser Ansatz“ die Ziele „rechter Agitation.“ Stattdessen greift man beim Werben dafür, der rechten Denke „argumentativ“ zu begegnen, z.B. auf die nebenstehende Bildaussage „Nazis sind Scheiße ...“ zurück. Ein Argument ist hier nicht zu entdecken, nur ein negatives Geschmacksurteil!

Gerade der wichtigen Frage, woher die Gesinnung rührt, wird

*\*siehe hierzu die Berichterstattung in der hlz 11/19 sowie die Broschüre „Argumentieren gegen rechte Parolen“*

nicht nachgegangen. Also werden die Rechten im Grunde genauso „gedanklich ausgegrenzt“, wie es die Stammtischkämpfer\_innen den Rechten mit ihrer feindlichen Stellung gegenüber Ausländern vorwerfen. Den Rechten wird vorgehalten, sie böten nur „leichte Erklärungen in einer komplizierten Welt“. Wenn das die ganze Kritik ist, bleibt im Klartext nur stehen, dass zentrale nationale Belange den geistigen Horizont des Volkes übersteigen. Bei der Rechten wird mangelndes Niveau beklagt, ihre Parolen verdient es nicht, als politisches Programm ernst genommen zu werden.

### „Der Schoß ist fruchtbar noch ...“ (B. Brecht)

Der nicht enden wollende Vormarsch der Rechtspopulisten verweist auf die Brisanz: 2016 neigt „die Hälfte der Befragten“ zur „Abwertung von Asylsuchenden“ ([www.fes.de](http://www.fes.de)). Und das, obwohl weitere Verschärfungen der Asylpolitik zu rückläufigen Zahlen bei den Asylsuchenden geführt haben. Die Kalkulationen, damit AfD-Wähler\_innen wieder an die Volksparteien zu binden, sind gründlich danebengegangen: bei den letzten Landtagswahlen im Osten der Republik hat die AfD weit über 20 Prozent der Stimmen eingefahren. Zwei Jahre später sind es mehr als die Hälfte der Deutschen, die mehr oder weniger ausländerfeindliche Überzeugungen vertreten, wie die Autoritarismus-Studie 2018 ([uniklinikum-leipzig.de](http://uniklinikum-leipzig.de), siehe Info-Grafik) zeigt. 2019 kommt es laut der „Mitte-Studie“ unter dem Titel „Verlorene Mitte – Feindselige Zustände“ ganz „deutlich“ zur Zunahme von „rechts-extremen, rechtspopulistischen und menschenfeindlichen Einstellungen.“ 21 Prozent bekennen sich demnach deutlich zum Rechtspopulismus, bei 42 Prozent ist es tendenziell der Fall.



Foto: Pinterest

Auch die jüngeren Bürger\_innen haben laut dem Bielefelder Forschungsleiter A. Zick aufgeholt: In ihren „menschenfeindlich und rechtsextremen“ ([br.de](http://br.de)) Einstellungen haben sie mit den Älteren gleichgezogen.

59 Prozent der Erwachsenen misstrauen der Demokratie und über ein Drittel fühlt sich von „der Politik nicht vertreten“ ([kulturshaker.de](http://kulturshaker.de)).

Ist nun die hochgelobte Demokratie wirklich die Antithese

zum Faschismus? Wenn sie ein „Bollwerk“ gegen ihn ist, wie sie von sich behauptet, warum hat sie dann immer wieder rechte bis rechtsextreme Parteien hervorgebracht? Parteien, die mittlerweile in vielen Teilen der Welt mächtigen Staaten vorstehen und mit großer Zustimmung in die Parlamente gewählt worden sind, sich hier gar zur ‚Fundamentalopposition‘ aufgeschwungen haben?

Vor über 30 Jahren prägte F.

J. Strauß den Satz: „Rechts von der CDU/CSU darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben.“ Diese Parteien und ihre Anhänger müssten „bei uns ihre politische Heimat“ behalten. Die erste Sorge galt nämlich dem Machterhalt! Dass damit eine Übereinstimmung in zentralen Parolen unterstellt ist - „Das Boot ist voll“ (CSU), „Kinder statt Inder“ (CDU), zu viele Nichtdeutsche „durchrassen das deutsche Volk“ (CSU), „Wir sind nicht das Sozialamt für die ganze Welt“ (CSU) -, wird dabei vornehm ignoriert. In neueren Analysen (siehe Klaus Ahlheim, emeritierter Erziehungswissenschaftler, in der Buchreihe „edition pyrrhus“) wird gerade dieser Skandal zum Thema gemacht, dass die Parolen vom Untergang des Volkes nicht eine rechtsextreme Erfindung sind, sondern eine feste und lange Tradition in Deutschland haben. Gegen die doppelte Staatsbürgerschaft tönen sowie Multikulti-Vorstellungen eine klare Absage erteilen, ist demokratischen Parteien auch nicht unbekannt. Wenn Teile des Volkes sich dann radikalisierten, kommen enttäuschte Nationalisten heraus, die das deutsche Volkstum beschädigt sehen und zum Teil die Sache selber in die Hand nehmen.

### Kritik am Rechtspopulismus

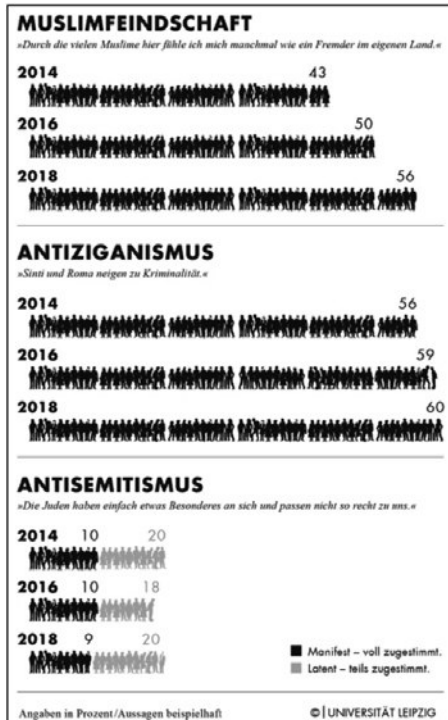
Die Kritiker sind sich fast durchgängig einig, dass man „den Anfängen wehren“ muss. Der offizielle Antifaschismus, den die Kriegsgewinner vom Verlierer forderten, hat Deutschland lange die Büßergewandattitüde im Inneren und nach außen aufgenötigt. Westliche Hilfe für den Aufbau eines florierenden Kapitalstandorts wäre sonst nicht möglich gewesen. Und doch haben sich die rechten Sumpfblü-

ten im Schatten des demokratischen „Herrschaftssystems“ (hlz 11/19, 36) entwickelt. Mittlerweile gehört Deutschland zu den ökonomisch potentesten Mächten auf dem Globus. Politisch haben die Parteien das Büßerhemd längst abgestreift, hegen Weltmachtpläne, haben seit der Teilnahme am Jugoslawienkrieg die Aussage „Nie wieder Krieg“ endgültig widerrufen und mischen militärisch an etlichen Fronten in der Welt mit. Sie lei-

und Politik war es dann auch an der Zeit, die „Erinnerungskultur“ neu zu gewichten – weg von Scham- und Schuldgefühlen hin zu einem selbstsicheren Verhältnis Deutschlands zu seiner Geschichte. Nicht mehr die Gräueltaten des faschistischen Krieges wurden z.B. kritisiert, sondern die „Bombennacht von Dresden“ der Alliierten und die „Vertreibung.“ Die NS-Vergangenheit wird aber seitdem nicht einfach entsorgt, sondern die Erinnerung politisch instrumentalisiert. Und Nationalstolz – auch in seiner offen vorgetragenen Form – ist wieder salonfähig. Da gibt es viele Punkte, wo sich Rechtspopulisten und Demokraten einig sind...

### Rassismus heute

Streitpunkt ist dann die Abneigung gegen die Menschen, die nicht hierher gehören, die im Endpunkt nach rassistischen Kriterien aussortiert werden müssten. Doch woher stammt dieses Urteil? Offenkundig aus der Vorstellung einer grundlegenden völkischen Zusammengehörigkeit. Doch dieses Gefühl der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Gemeinwesen mit seinem Wirtschaftssystem ist eine Fiktion. Wer nämlich unter eine Nation subsumiert wird, ist diversen Zwängen unterworfen. Verfüggen diese Menschen nicht über ein dickes Aktienpaket, haben sie nicht ein Unternehmen oder Grundeigentum, das sie ihr eigen nennen, haben sie keine Wahl, sind auf Gedeih und Verderb auf die Arbeit für andere verwiesen. Dass dieser Tätigkeit ein ganzes Arbeitsleben lang nachgegangen werden muss, ist das Indiz dafür, dass davon keine Reichtümer angesammelt werden können. Der knapp bemessene monatli-



den jedoch weiterhin an ihren – vergleichsweise – bescheidenen militärischen Mitteln (siehe auch AKK's Versuch, an der syrisch-türkischen Grenze 2.500 deutsche Soldaten für eine Pufferzone zu stationieren sowie die vor kurzem auf tagesschau.de getätigte Äußerung ihrer Vorgängerin, die unverblümt die „Sprache der Macht“ – also mehr Militärgewalt für weitere Kriegseinsätze – fordert).

Mit dem neu gewonnenen Machtzuwachs in Ökonomie

che Lohn muss dazu auch noch dafür erhalten, als Steuerzahler\_in die staatlichen Kassen zu füllen. Die Demokratie erweckt den Schein, die permanente Unzufriedenheit mit dem Gang zur Wahl befrieden zu können, in der immer wieder enttäuschten Hoffnung, bei einer der Wahlalternativen besser aufgehoben zu sein. Für den einen oder die andere, die sich in den Dienst derjenigen gestellt haben, die für die Wehrhaftigkeit der Demokratie stramm und gerade zu stehen haben, folgt daraus: Der Dienst wird mit dem Leben bezahlt. Die Verteidigung dieser Lebensumstände kann von der Minderheit, die unter den Umständen den ausschließenden Nutznieß abgreift, nicht geleistet werden.

Diese widersprüchliche Objektivität produziert Gemeinsamkeiten, aber auch jede Menge Gegensätze zwischen den Beteiligten. Weil es bei der Austragung der Gegensätze nicht gerade freundlich zugehen würde, tritt der Staat mit seiner Gewalt dazwischen und regelt, dass die Gegensätze in eine Verlaufsform überführt werden. Diese erzwungene Zugehörigkeit führt nicht direkt zur Zustimmung zu einer „nationalen Identität“, auch nicht zum Ausschluss anderer aus diesem ‚Gemeinschaftswerk‘. Da müssen diese Menschen, die einer Menge Pflichten im demokratisch verwalteten Kapitalismus nachzukommen haben, weil ihre Existenz davon abhängt, sich diese Pflichten schon moralisch zurechtlegen und weiterhin verantwortungsvoll ihren Beitrag zu dieser ‚Gemeinschaft‘ leisten. Die Überhöhung zu ehrenwerten Diensten an diesem erdachten Ganzen – dem Staat, der Wirtschaft, uns allen bis hinunter zum „kleinen Mann“ (Frau eingeschlossen) – ist moralisch nichts anderes als der ideelle Lohn bei weiterhin miesen Lebensbedingungen, für die die Lohnarbeit steht.

„Notwendig falsches Bewusst-

sein“ (Marx) ist Resultat der Verhältnisse, die die Ideologie der Herrschenden zur allgemein herrschenden macht. Mit der Redeweise vom „Allgemeinwohl“ verfabulieren sie die gegensätzlichen Interessen zu einem allgemeinen, was nicht existiert. Das dazu passende gesellschaftliche „Wir“, das an Nationalfeiertagen von allen Politiker\_innen regelmäßig beschworen wird und auch einen Agitationsschwerpunkt der Rechtspopulisten bildet, ist eine gewaltige Abstraktion, die jedoch bei allzu vielen Adressaten ihre Wirkung nicht verfehlt. Somit ist die vollzogene Sortierung, zu der sich die gegensätzlichen gesellschaftlichen Interessen vereinnahmen lassen, die Produzenten liefern Leistung – und die nie knapp – gegen sehr begrenzten Lohn bei den Eigentümer\_innen ab. So reproduziert sich diese Ordnung immer wieder aufs Neue und trägt zum Gelingen des Ganzen bei. Die Ordnung beinhaltet Rechte und Pflichten, für die es eine Obrigkeit braucht, damit das Funktionieren dieser ‚Gemeinschaft‘ gesichert ist. So wird jedem Mitglied, gleichgültig gegen seine ökonomische Stellung, ein Rechtsstatus zuerkannt. Das jeweilige Rechtsbewusstsein sortiert sich in arm und reich, Fabrikeigentum und Arbeit, Obdachlosigkeit und Grundbesitz. Das ist die Auslese von „oben“ nach „unten“, die voll in Ordnung geht. In einer funktionierenden Volksgemeinschaft ist halt ‚jeder seines Glückes Schmied‘, damit hat jede/r den entsprechenden Platz gefunden.

Diese Interpretation läuft

darauf hinaus, die gesellschaftlichen Charaktere als natürlich bedingte Unterarten der Gattung Mensch zu sehen. Wenn die Gesellschaft als die natürliche Ordnung der Menschen eingeordnet wird, so muss das nicht in Ordnung sein. Dem Harmonie angedichteten Gemeinwesen mangelt es fast überall an dieser Tugend; Tarifpartner zanken, Beschwerden sind ein Dauerzustand; die Parteien sind untereinander zerstritten usw. Warum? Eine Antwort ist nicht unbekannt: In allen Ständen, Geschlechtern und Klassen unterscheiden sich die Leute nach ihrem Pflichtbewusstsein, mit dem sie ihren Platz im Ganzen einnehmen. Es gibt durchaus die Guten, die ihren Dienst an der Gemeinschaft tadellos verrichten und so für Zusammenhalt sorgen, aber viele Schlechte, die den sozialen Frieden mit ihrem Egoismus stören. Da langt man wieder bei der Natur an: Auf die Begabung kommt es an, ob jemand putzt oder Professor für Physik wird, das liegt am Charakter, quasi im Blut. Verbrechen werden aus krimineller Energie begangen, die Eine hat sie, der Andere nicht, das entsprechende Gen ist jedoch noch nicht entdeckt worden. Im Unterschied zu anderen Begabungen geht diese nicht in Ordnung: Die unanständigen Menschen gehören zur Ordnung gezwungen oder aussortiert. Das zur Ordnung zwingen ist schon viel älter.

FRANK BERNHARDT,  
RUDOLF GOSPODAREK,  
Ruheständler

## BG Ruheständler\_innen

### Einladung zur Jahresvollversammlung

### Mittwoch, 5.2.2020, 15.00Uhr

GEW Raum ABC